Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE66401545300000008664 BIC: WELADE3WXXX

01.07.2025

Briefaktion 13/25 **– DEUTSCHLAND / AFGHANISTAN:** *ehemalige Ortskräfte u.a.*

drohender Stopp von Evakuierung, drohende Folter

Fast 4 Jahre nach erneuter Machtübernahme der Taliban in Afghanistan sind weiterhin ehemalige Ortskräfte, die mit der deutschen Bundeswehr kooperiert haben, in Gefahr. Ortskräfte haben sowohl militärische Aufgaben übernommen als auch Übersetzungsdienste für die ausländischen Truppen geleistet.
Ebenfalls gefährdet sind Angehörige der Zivilgesellschaft aus den Bereichen Menschenrechte, Medien, Kultur oder Mitarbeitende der von den Taliban gestürzten afghanischen Regierung.
Der Afghanistan-Einsatz ausländischer Truppen war aufgrund ziviler Opfer vielfach umstritten. Wiederholt gab es Vorwürfe von Verletzungen der Menschenrechte und humanitärer Standards bei Kampfeinsätzen.
Der chaotische Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan im August 2021 hat wiederum all jene in ernste Gefahr gebracht, die mit der Bundeswehr und anderem ausländischen Militär kooperiert haben oder sich für eine demokratische Gesellschaft engagiert haben.
Seit 2021 hat Deutschland in mehreren Schritten ca. 36.000 gefährdete Personen, darunter Ortskräfte, aufgenommen. Es wurden Bundesaufnahmeprogramme eingerichtet, um die ehemaligen Kooperationspartner und besonders bedrohte Personengruppen zu evakuieren.
Die Ampel-Regierung machte im Juli 2024 keine weiteren Aufnahmezusagen. Kurz vor dem deutschen Regierungswechsel 2025 wurden dann nochmals Menschen, die aus Afghanistan nach Pakistan geflohen waren, nach Deutschland geflogen. Aus der CDU/CSU gab es zunehmend Kritik daran und es wurde gefordert, Bundesaufnahmeprogramme zu beenden.
Mehrfach wurden Befürchtungen geäußert, dass sich Straftäter oder Terrorverdächtige über die Programme einschleusen könnten. Tatsächlich bestätigten Ministerien einzelne Medienberichte über Mängel bei Sicherheitsüberprüfungen. Ein Außenamtssprecher erklärte jedoch auch, zu keinem Zeitpunkt seien Menschen ohne Sicherheitsüberprüfung nach Deutschland gekommen.
Im Koalitionsvertrag der aktuellen CDU/CSU-SPD-Bundesregierung heißt es: “Wir werden freiwillige Bundesaufnahmeprogramme soweit wie möglich beenden (zum Beispiel Afghanistan) und keine neuen Programme auflegen.”
Bis zu 2.600 afghanische Menschen warten derzeit in Pakistan auf ihre Evakuierung, einige seit über einem Jahr. Die Zahlenangaben zu den Personen variieren. Ein Teil von ihnen sollen Ortskräfte sein, die Mehrheit stammt möglicherweise aus der Zivilgesellschaft. Viele der Wartenden sollen Sicherheitsüberprüfungen durchlaufen haben. Berichten zufolge hat ein Großteil bereits eine Aufnahmezusage erhalten, sodass Deutschland verpflichtet wäre, der Zusage nachzukommen.
Mehrere Vertreter der Bundesregierung haben sich widersprüchlich zum Umgang damit geäußert. So bleibt es fraglich, ob die Geflüchteten aufgenommen werden. Kanzleramtsminister Frei (CDU) wurde zitiert, dass erteilte Zusagen nach Möglichkeit wieder entzogen werden sollten.
Die Geflüchteten haben vor ihrer Flucht oft ihr letztes Hab und Gut verkauft, da sie den Zusagen vertraut haben. Pakistan weist zunehmend Menschen nach Afghanistan aus, zumal die Visa ablaufen. Sollten die Evakuierungen nicht bald beginnen, drohen den Geflüchteten Abschiebungen sowie Folter und Mord, ihre Kinder könnten Opfer von Zwangsverheiratung werden. Einzelne Betroffene versuchen aktuell mit Unterstützung von Anwälten, durch Klagen vor deutschen Verwaltungsgerichten die Aufnahme zu erwirken.
Deutschland hat die moralische Verpflichtung, die Betroffenen in Sicherheit zu bringen.
Auch Bundeswehrsoldaten haben ihre Erwartung geäußert, den Kooperationspartnern Schutz zu geben.

Bitte schreiben Sie an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (und CDU-Vorsitzenden) und an den Stellvertreter des Bundeskanzlers (und SPD-Vorsitzenden). Die unterschriftsfertigen Briefe sollte möglichst wörtlich übernommen und allenfalls geringfügig verändert werden – bitte bleiben Sie höflich.
Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Berlin 0,95 EUR**).
Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.08.2025.

Name: Datum:
Adresse:

Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler Friedrich Merz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

das Schicksal zahlreicher ehemaliger **Ortskräfte**, die mit der deutschen Bundeswehr während des Afghanistan-Einsatzes kooperiert haben und nun von den Taliban verfolgt werden, erfüllt mich mit größter Sorge. Bedroht sind auch viele **Angehörige der afghanischen Zivilgesellschaft**, die sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben und daher die Rache der Taliban fürchten.
Wiederholt kam es bereits zu brutalster Repression des nun herrschenden Regimes.

Nachdem die vorherige Bundesregierung ab Sommer 2024 keine weiteren Zusagen für Evakuierungen ausgesprochen hatte, gab es Berichte, dass die amtierende Bundesregierung sogar bereits im Rahmen der **Bundesaufnahmeprogramme** getroffene Zusagen zurücknehmen wird.
Bis zu **2.600 Personen**, Ortskräfte und Angehörige der Zivilgesellschaft mit ihren Familien, haben sich im Vertrauen auf Evakuierung nach Pakistan begeben. Aus Pakistan könnten sie jederzeit nach Afghanistan abgeschoben werden. Dort drohen ihnen Folter und Mord, ihren Kindern droht die Zwangsverheiratung. Pakistan muss daher aufgefordert werden, die Menschen nicht auszuweisen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, vereinzelt aufgekommene Sicherheitsbedenken bezüglich bestimmter Personen bzw. deren Angehöriger dürfen nicht pauschal zur Rücknahme aller Evakuierungszusagen führen. Ich bitte Sie, die Menschen vor unmenschlicher Behandlung zu bewahren. Deutschland sollte seine eingegangenen Verpflichtungen unbedingt einhalten.
Der Westen beklagt vielfach die fraglich gewordenen Schutzzusagen durch die USA und ist im Wettbewerb mit aggressiv-imperialistischen Diktaturen wie Russland auf Zusammenarbeit mit dem „globalen Süden“ fundamental angewiesen. Viele Hoffnungen ruhen international auf Deutschland, die freie Welt – mit Geltung der Menschenrechte – zu repräsentieren.
Neben den zu erwartenden menschlichen Tragödien wäre es ein verheerender Verlust an Ansehen Deutschlands, wenn es Menschen, die direkt oder mittelbar mit der Bundeswehr kooperiert haben, seinerseits den Schutz vor einem Terror-Regime verwehrt. Auch Bundeswehrsoldaten haben ihre Erwartung geäußert, die ehemaligen Kooperationspartner nicht im Stich zu lassen.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie, die Zusagen und die Aufnahmeprogramme nicht zurückzunehmen und alle gebotenen Schritte zu veranlassen, um die Menschen zu evakuieren.

Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über die zu Gunsten der Betroffenen unternommenen Anstrengungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Name: Datum:
Adresse:

Herrn Vorsitzender der SPD
Lars Klingbeil
Stellvertreter des Bundeskanzlers
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,

das Schicksal zahlreicher ehemaliger **Ortskräfte**, die mit der deutschen Bundeswehr während des Afghanistan-Einsatzes kooperiert haben und nun von den Taliban verfolgt werden, erfüllt mich mit größter Sorge. Bedroht sind auch viele **Angehörige der afghanischen Zivilgesellschaft**, die sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben und daher die Rache der Taliban fürchten.
Wiederholt kam es bereits zu brutalster Repression des nun herrschenden Regimes.

Nachdem die vorherige Bundesregierung ab Sommer 2024 keine weiteren Zusagen für Evakuierungen ausgesprochen hatte, gab es Berichte, dass die amtierende Bundesregierung sogar bereits im Rahmen der **Bundesaufnahmeprogramme** getroffene Zusagen zurücknehmen wird.
Bis zu **2.600 Personen**, Ortskräfte und Angehörige der Zivilgesellschaft mit ihren Familien, haben sich im Vertrauen auf Evakuierung nach Pakistan begeben. Aus Pakistan könnten sie jederzeit nach Afghanistan abgeschoben werden. Dort drohen ihnen Folter und Mord, ihren Kindern droht die Zwangsverheiratung. Pakistan muss daher aufgefordert werden, die Menschen nicht auszuweisen.

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, vereinzelt aufgekommene Sicherheitsbedenken bezüglich bestimmter Personen bzw. deren Angehöriger dürfen nicht pauschal zur Rücknahme aller Evakuierungszusagen führen. Ich bitte Sie, die Menschen vor unmenschlicher Behandlung zu bewahren. Deutschland sollte seine eingegangenen Verpflichtungen unbedingt einhalten.
Der Westen beklagt vielfach die fraglich gewordenen Schutzzusagen durch die USA und ist im Wettbewerb mit aggressiv-imperialistischen Diktaturen wie Russland auf Zusammenarbeit mit dem „globalen Süden“ fundamental angewiesen. Viele Hoffnungen ruhen international auf Deutschland, die freie Welt – mit Geltung der Menschenrechte – zu repräsentieren.
Neben den zu erwartenden menschlichen Tragödien wäre es ein verheerender Verlust an Ansehen Deutschlands, wenn es Menschen, die direkt oder mittelbar mit der Bundeswehr kooperiert haben, seinerseits den Schutz vor einem Terror-Regime verwehrt. Auch Bundeswehrsoldaten haben ihre Erwartung geäußert, die ehemaligen Kooperationspartner nicht im Stich zu lassen.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie, die Zusagen und die Aufnahmeprogramme nicht zurückzunehmen und alle gebotenen Schritte zu veranlassen, um die Menschen zu evakuieren.

Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über die zu Gunsten der Betroffenen unternommenen Anstrengungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung